

Bürgerversammlung zur Neubebauung an der Berliner Straße

Das Dezernat für Bauen und Stadtentwicklung lädt am kommenden Dienstag, 2. Februar, um 18 Uhr zu einer Bürgerversammlung im Saal des Alevitischen Kulturvereins, Buchfinkenstraße 8, in Weddinghofen ein. Es geht um die geplante Bebauung der Freifläche zwischen Berliner Straße und der Straße am Hauptfriedhof sowie des Geländes der ehemaligen Heidehauptschule.



Freigelände an der Berliner Straße



Heideschule in Weddinghofen

Zur Diskussion gestellt werden zwei Planungsvarianten für den neuen Bebauungsplan Nr. WD 118 „Berliner Straße“. Ziel des Bebauungsplanes ist eine aufgelockerte Wohnbebauung mit rund 65 Eigenheimen unter Erhalt von Grün- und Wegeverbindungen. Weitere Infos gibt es [hier](#).

Anschließend werden die Entwürfe bis zum 18. Februar im Amt für Planung, Tiefbau, Umwelt und Liegenschaften im Rathaus der Stadt Bergkamen, Rathausplatz 1, Raum 517, öffentlich ausgelegt. Ergänzend können die Planunterlagen im Internet unter www.bergkamen.de/wd118 eingesehen werden.

Eine der beiden Planungsvarianten, die in der Bürgerversammlung vorgestellt werden:



Bergkamener Schüler macht Praktikum bei Hubert Hüppe in Berlin

Zweieinhalb spannende Wochen im Berliner Politikalltag verbrachte der Bergkamener Schüler Nils Biermann im Büro des

CDU-Bundestagsabgeordneten Hubert Hüppe. Biermann hatte Hüppe als Referent zum Thema Bioethik bei der sogenannten Ehemaligenakademie an seiner Schule, dem Sankt Christophorus Gymnasium in Werne, kennengelernt. Der angehende Abiturient interessierte sich sehr für die Arbeit des Bundestagsabgeordneten der CDU und auf Anhieb einigte man sich auf ein Praktikum in Berlin.



Niels Biermann mit Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (l.) und Hubert Hüppe (r.).

Anfang des Jahres bestritt Biermann nun sein Praktikum bei Hüppe, um einen Einblick in die Arbeitsweise der Politik zu bekommen. Vor allem an ethischen Fragen der Medizin und Forschung am Menschen war er sehr interessiert. Der junge Bergkamener kam genau rechtzeitig zur ersten Sitzungswoche 2016 und konnte das volle Spektrum des Bundestages erleben. So gab es nicht nur umfassende Erklärungen von den Mitarbeitern über die politischen Geschehen und Strukturen, sondern auch

viele Sitzungen und eine Anhörung, an denen der 17-jährige Schüler teilnehmen konnte.

Besonders erwähnenswert war die Debatte um die E-Zigarette, bei der es nicht nur Stellungnahmen zu Lesen gab, sondern auch jede Menge Bürgerbriefe und eine große öffentliche Anhörung, an der der Gymnasiast seine Freude fand: „Es ist schön mit all den Politikern und Experten in einem Raum zu sitzen und behaupten zu können: Ich verstehe, was ihr da sagt. Zumal es kein Randthema war, sondern eine sehr publike Diskussionsfrage.“

Ebenfalls hatte Biermann die Chance Hubert Hüppe in den Gesundheitsausschuss zu begleiten und sich im Plenum einen intensiven Eindruck von der deutschen Gesetzgebung zu verschaffen. Zudem konnte er ein paar Fotos mit dem ein oder anderen prominenten Gesicht ergattern.

Am Ende verließ er den deutschen Regierungssitz sehr positiv gestimmt: „Die Mitarbeiter und vor allem Politiker waren sehr freundlich und keines Wegs abgehoben. Im Gegenteil: jeder hier hat sich Zeit für mich genommen, um mir einen besseren Einblick in unsere Politik zu gewähren. Dafür bin ich sehr dankbar.“

Schüler und Studierenden, die Interesse an einem Praktikum im Berliner Abgeordnetenbüro von Hubert Hüppe haben, können sich gern mit ihrer Bewerbung an folgende Adresse wenden: hubert.hueppe@bundestag.de.

Flüchtlinge, Islamismus, Rechtsextreme – Themen des Projektages an der Gesamtschule

Als „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ führt die Willy-Brandt-Gesamtschule ihren jährlichen Projekttag am Donnerstag, 28. Januar, mit einer Fülle von Aktivitäten in Form von Projekten, Workshops, Vorträgen, Lesungen und Gesprächsrunden durch. Schwerpunktthemen sind dabei Migration, Extremismus und die aktuelle Situation der Flüchtlinge in Deutschland.



Schüler der Gesamtschule werden am Donnerstag eine Flüchtlingsunterkunft besuchen.

In den Jahrgängen 5 bis 9 stehen dabei u. a. Workshops zum Thema ‚Heimat‘ und ‚Herkunft‘, Lernstationen zum Thema ‚Flüchtlinge‘ oder ‚Rassismus‘ und die Produktion von Videoclips, Kurzfilmen, Collagen, Bildern und Plakaten im Vordergrund. Eine 6. Klasse wird zudem eine Flüchtlingsunterkunft besuchen, während zwei weitere Klassen auf Einladung des Abgeordneten **Rüdiger Weiß** zum Düsseldorfer

Landtag fahren.

Im 10. Jahrgang finden zum Thema „Islamismus und Salafismus / muslimische Radikalisierung von Jugendlichen“ ein Vortrag, eine Filmvorführung und ein Gespräch mit der Polizeioberkommissarin **Ciler Durmus**, Kontaktbeamtin der Kreispolizeibehörde Unna, statt (ab 8.00 Uhr im Multimedia-raum).

Der 11. Jahrgang setzt sich mit der Fotoreportage „Syrien – Bilder aus der Hölle des Krieges“ (Raum K 204) auseinander und nimmt an einer Lesung (Buchtitel: „Zurück aus der Hölle: Vom Gewalttäter zum Sozialarbeiter“) und Gesprächsrunde mit **Sascha Bisley**, einem ehemaligen Mitglied der rechtsextremen Szene, teil (8.30 – 10.00/10.30 – 12.00 Uhr im Raum M 115).

Im 12. Jahrgang steht das Thema „Die Flüchtlingssituation in unserer Region“ im Zentrum. Zu Vortrag und Gesprächsrunde werden der Bürgermeister **Roland Schäfer** und die Beigeordnete **Christine Busch** von 9.00 – 10.00 Uhr in der Mensa erwartet.

Die Leistungskurse im Fach ‚Sozialwissenschaften‘ erarbeiten ab 8.30 Uhr in einem Workshop unter der Leitung der **Schwarzkopf-Stiftung** das Thema „EU-Flüchtlingspolitik“ (Räume M 104 – M 108).

Gedenkfeier am ehemaligen Konzentrationslager Schönhausen

Im Rahmen einer öffentlichen Gedenkfeier mit Kranzniederlegung wird am 27. Januar – wie im gesamten Bundesgebiet – auch in

Bergkamen der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Die Veranstaltung beginnt am Mittwoch um 16.00 Uhr vor dem Gemeindezentrum der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde Kamen/Bergkamen an der Lentstraße 22 in der Siedlung Schönhausen in Bergkamen-Mitte.

In Vertretung für Bürgermeister Roland Schäfer, der kurzfristig zu einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Berlin reisen muss, wird stellvertretender Bürgermeister Kay Schulte dort einen Kranz niederlegen. Zur Teilnahme an dieser Gedenkstunde, an deren Ausgestaltung sich zum ersten Male auch Schülerinnen und Schüler des Bergkamener Gymnasiums mit ihren Lehrern Jan Groesdonk und David Heinze aktiv beteiligen werden, sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

Am Eingang des ehemaligen Wohlfahrtsgebäudes der früheren Zeche Grimberg an der Lentstraße erinnert seit vielen Jahren eine Inschriftentafel daran, dass die Nationalsozialisten in diesem Gebäudekomplex von März bis Oktober 1933 vorübergehend ein provisorisches Sammellager für die Verfolgung und Inhaftierung politischer Gegner eingerichtet hatten, um die Häftlinge dort mit Folterungen, Misshandlungen und Drohungen einzuschüchtern oder sie von dort aus in größere KZ-Lager im Emsland (Papenburg) oder nach Oranienburg nahe Berlin oder auch nach Dachau bei München zu verlegen.

Schulministerin

Sylvia

Löhrmann spricht am 1. Mai in Bergkamen

Wenn Landesministerin Sylvia Löhrmann in die Provinz reist, geht es normalerweise um das Thema „Schule“. Bei ihrem ersten offiziellen Besuch in Bergkamen ist das ganz anders: Das IG BCE Regionalforum Kamen/Bergkamen hat die prominente Grünen-Politikerin als Hauptrednerin zur Kundgebung zum 1. Mai in der Römerbergsporthalle eingeladen.



Schulministerin Sylvia
Löhrmann

Das IG BCE Regionalforum wird diese anders gestalten als bisher: Im Anschluss an die traditionelle und in der Region größten Kundgebung in der Römerbergsporthalle findet diesmal ein Familienfest statt.

Auf dem Vorplatz der Römerbergsporthalle gibt es Live-Musik. Damit die Erwachsenen sich auch einmal entspannt zurücklehnen können, wird den Kindern zahlreiche Spielmöglichkeiten geboten. Darüber hinaus werden am Nachmittag Kaffee, Kuchen und Waffeln gereicht. Des Weiteren warten auf die Teilnehmer Pommes, Brat- und Currywurst vom Grill, Reibekuchen und türkische Spezialitäten. Für Getränke ist natürlich gesorgt. Die Erbsensuppe vom DRK wird es selbstverständlich wieder geben.

Wie in den vergangenen Jahren auch, präsentieren sich Parteien, Vereine und andere Institutionen präsentieren.

Folgender Ablauf ist somit geplant:

- 10.15 Uhr Treffen der Kundgebungsteilnehmer auf dem Museumsplatz.
- 10.30 Uhr Abmarsch des Demonstrationzuges zur Römerbersporthalle
- 11.00 Uhr Kundgebungsbeginn
- 12.30 Ende der Kundgebung und Mittagessen (Erbsensuppe)
- Anschließend Beginn des Familienfestes
- Ende: ca.17.00 Uhr

Aktionsbündnis macht weiter: Höhere Bundesbeteiligung an Sozialkosten

Das parteiübergreifende Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ kämpft weiter für eine Neuordnung der kommunalen Finanzsysteme und damit für mehr Gerechtigkeit zwischen reichen und strukturschwachen Regionen wie etwa dem Kreis Unna. Davon würde auch die Stadt Bergkamen erheblich profitieren.

Kreisdirektor und Kämmerer Dr. Thomas Wilk vertritt den Kreis Unna im Aktionsbündnis und war 2015 an den Gesprächen mit der Bundesregierung beteiligt. Daraus und aus der parallel geführten Plenardebatte im Bundestag weiß er: „Der Bund hat verstanden, dass er strukturell unterfinanzierte Kommunen so ausstatten muss, dass sie wieder finanzielle

Gestaltungsspielräume erhalten.“

Die bis einschließlich 2017 bereitgestellte sogenannte Übergangsmilliarde bringe Entlastungseffekte, dürfe in Berlin aber nicht als „Anfang vom Ende“ einer Unterstützung missverstanden werden. Die Zeit des Übergangs müsse vielmehr für die Entwicklung neuer, nachhaltiger Finanzsysteme genutzt werden, appelliert Kreisdirektor Dr. Wilk auch an die heimischen Bundestagsabgeordneten, sich in Berlin für die Belange der Heimatregion einzusetzen.

Mehr noch: Wilk weiß sich mit den Kämmerern der anderen Aktionskommunen einig, dass die begonnene Debatte fortgesetzt werden muss. Nächstes Ziel: eine weitere Plenardebatte in Berlin – diesmal im Deutschen Bundesrat.

„Beim Bund, den Ländern und wohlhabenden Kommunen sprudelt das Geld aus den Steuerquellen. Den finanzschwachen Regionen steht angesichts steigender Sozialkosten aber weiter das Wasser bis zum Hals“, veranschaulicht Kreisdirektor und Kämmerer Wilk die Situation.

Hoffnung schöpft deshalb nicht nur er aus der Diskussion um eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) für Bezieher von Arbeitslosengeld II (Alg II) von derzeit 26,4 auf 39,6 Prozent. „Das würde für den laufenden Haushalt bei KdU-Gesamtkosten von 96,6 Millionen Euro unterm Strich eine Entlastung von rund zwölf Millionen Euro bedeuten“, rechnet Wilk vor.

Die Behauptung aus Bundestagskreisen, der Bund würde durch die 100-prozentige Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung genug tun, kann der Kreisdirektor und Kämmerer nicht nachvollziehen, weil diese Rechnung andere, vom Kreis allein zu tragende finanzielle Belastungen ausblende.

„Würde sich der Bund an allem sozialen Transferleistungen mit 50 Prozent beteiligen, würde sich die Belastung für den Kreis

von derzeit etwa 124 Millionen Euro gut um die Hälfte reduzieren“, unterstreicht Wilk. Das wäre mehr als gerecht, denn: „Es sind Bundesgesetze, die gesamtgesellschaftliche Aufgaben betreffen, für die wir als Kommunen aber oft genug fast ganz allein bezahlen müssen.“

Kaczmarek: Gewaltexzesse wie in Köln dürfen sich nicht wiederholen

Am Mittwoch traf sich der heimische Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei im Kreis Unna, Wilhelm Kleimann und seinem Stellvertreter Olaf Schneider-Rothe. Aufgrund der sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln hatte man kurzfristig ein Treffen in Unna vereinbart.

„Es wird eine lückenlose Aufklärung der Geschehnisse in der Silvesternacht geben. Die Täter müssen ohne jede Einschränkung zur Rechenschaft gezogen werden. Es liegt nun in der Verantwortung der Politik, alles zu tun, dass sich solche Gewaltexzesse nicht wiederholen.“ erklärte Oliver Kaczmarek.

Die Gesprächsteilnehmer stimmten darin überein, dass nur professionelle Kräfte der Polizei, der Ordnungsämter und der Justiz für die öffentliche Sicherheit sorgen können. Dazu müssen Bund und Land mehr Geld zur Verfügung stellen. „Die Landesregierung hat bereits einen 15-Punkte-Plan vorgestellt, um Schwerstkriminalität zu bekämpfen. Und auch die Bundesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten. Als SPD-Bundestagsfraktion fordern wir, dass bis 2019 rund 12.000 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden

müssen – 6000 bei der Bundespolizei und 6000 bei den Ländern. Eine gut ausgebildete Polizei, die die bestehenden Gesetze wirksam umsetzt ist wichtiger als der Ruf nach neuen Gesetzen allein.“ fügte der Bundestagsabgeordnete hinzu.

Schulpflicht besteht nur für zugewiesene Flüchtlinge

Das Kommunale Integrationszentrum Kreis Unna (KI) mit Sitz in Bergkamen sorgt für die schnelle Unterbringung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen in einer für sie passenden Schule. Das sind die sogenannten „Go-in“-Schulen. In Bergkamen sind das die Grundschule und unter anderen das Gymnasium und die Willy-Brandt-Gesamtschule. Keine Beschulung organisiert das KI hingegen für Kinder und Jugendliche in Notunterkünften oder Erstaufnahmeeinrichtungen.

Wie die stellvertretende KI-Leiterin Anne Nikbin erklärt, beginnt die Schulpflicht für junge Flüchtlinge erst dann, wenn sie einer Kommune zugewiesen sind, und dann in der Regel auch in dieser Stadt bzw. Gemeinde. Ist die Zuweisung in eine Stadt oder Gemeinde im Kreis erfolgt, läuft ein standardisiertes Verfahren ab.

Die Kontaktdaten der neu zugewanderten Schüler/innen werden in der Regel per ausgefülltem Meldebogen mitsamt Kontaktnummer der Familie von den Schulverwaltungsämtern, den Ausländerbehörden (Kreis Unna, Lünen) oder den Schulen an die Erstberatungsstelle des Kommunalen Integrationszentrums übermittelt.

Nach dem Eingang des Meldebogens nimmt das KI Kontakt zu der Familie bzw. zu den Erziehungsberechtigten auf und vereinbart

einen Beratungstermin. Es gilt also: Kein Termin ohne Meldebogen – Ohne Termin keine Beratung.

Beim Beratungstermin erfolgen eine Einschätzung des Bildungsstands des Kindes und Jugendlichen durch eine qualifizierte Lehrkraft sowie der Hinweis auf die Einschulungsuntersuchung durch die Kreis-Gesundheitsbehörde. Die Gesundheitsbehörde wird vom KI über die neu zu beschulenden Kinder/Jugendlichen informiert und führt nach einer Terminvereinbarung die Einschulungsuntersuchung durch.

Das KI nimmt nach der Beratung Kontakt zu einer geeigneten Schule auf und informiert die Familie bzw. den Erziehungsberechtigten des Kindes oder Jugendlichen.

Weitere Informationen zur Beschulung neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher im Kreis Unna finden sich im Internet unter www.kreis-unna.de (Suchbegriff Go-In.)

Infoabend als Reaktion auf Kölner Übergriffe: „Jetzt erst recht – Frauen zeigen Stärke“

Nach den Angriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln heißt es: „Jetzt erst recht – Frauen zeigen Stärke“. Und so ist auch eine offene Infoveranstaltung überschrieben, zu der Gleichstellungsbeauftragte und die Kreispolizeibehörde am 28. Januar einladen.

„Nach den Vorfällen in Köln gehen bei den

Gleichstellungsstellen viele Anfragen zum Thema Sicherheit und Selbstverteidigung ein. Mit der Veranstaltung wollen wir die Möglichkeit bieten, Fragen und Antworten in möglichst großer Runde auszutauschen“, erklärt Heidi Bierkämper-Braun.

Sie ist die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises und mit Josefa Redzeqi, ihrer Kollegin bei der Stadt Unna, sowie dem Bereich Kriminalprävention/Opferschutz bei der Kreispolizeibehörde Initiatorin der Veranstaltung im Kreishaus Unna.

Der offene Informationsaustausch beginnt am Donnerstag, 28. Januar um 17 Uhr im Sitzungstrakt im Verwaltungsgebäude, Friedrich-Ebert-Straße 17. Das Ende ist gegen 19 Uhr geplant. Was Frauen derzeit bewegt, lässt sich an bereits eingegangenen Fragestellungen feststellen. Da geht es um den Erwerb einer Waffe, um Fragen zur Selbstverteidigung oder auch darum, wo eine Anzeige erstattet werden kann.

Die Infoveranstaltung im Kreishaus Unna ist übrigens nur der Anfang. Auch andere Gleichstellungsstellen innerhalb des Kreisgebietes bereiten gemeinsam mit der Kreispolizei Infoabende vor Ort vor.

Jahresabschlussgespräch der Ortsvorsteher

Wie in jedem Jahr lud Bürgermeister Roland Schäfer jetzt die sechs Ortsvorstehenden der Bergkamener Ortsteile zu einem Jahresabschlussgespräch ein.



Bürgermeister Schäfer dankte den Ortsvorstehenden zunächst für ihre wichtige Aufgabe als bürgernahe Ansprechperson im Ortsteil sowie als Bindeglied zwischen Bürgerschaft und Verwaltung. Im Mittelpunkt des anschließenden Gesprächs in gemütlicher Runde standen neben dem allgemeinen Erfahrungsaustausch verschiedene konkrete Themen aus den einzelnen Zuständigkeitsbereichen. Natürlich wurde auch über die Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum Anfang Juni gesprochen.

Auf dem Gruppenfoto sind zu sehen (v.l.): Uwe Reichelt (Bergkamen-Overberge), Klaus Kuhlmann (Bergkamen-Rünthe), Rosemarie Degenhardt (Bergkamen-Heil), Dirk Haverkamp (Bergkamen-Weddinghofen), Franz Herdring (Bergkamen-Mitte), Michael Jürgens (Bergkamen-Oberaden), und Bürgermeister Roland Schäfer.

Jahresabschlusswanderung der SPD Rünthe

Am heutigen Samstag, 16. Januar, lädt der SPD Ortsverein Rünthe zu seiner traditionellen Jahresabschlusswanderung ein. Treffpunkt ist um 14:00 Uhr am Büro des Rünther Ortsvorstehers vor der Hellweg-Hauptschule an der Rünther Straße. Die Wanderung findet in der näheren Umgebung statt und wird gegen 16:30 Uhr im Vereinsheim des Tennisvereins Blau-Weiß, Untere Erlentiefenstraße, enden. Gegen 17:00 Uhr wird der Ortsvereinsvorsitzende einen Rückblick auf das Jahr 2015 und einen Ausblick auf 2016 halten.